

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 32 / 41. Jg.

10. Aug. 1928

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.—Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 — Druck und Expedition
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. Zuschriften an die Expedition erbeten.

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88.

Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Der Verbandstag in Jena.

Das Horoskop, das die Kollegen des Gaus Leipzig mit ihrer gelungenen Kundgebung auf dem Karl-Zeiß-Platz zu Ehren der Delegierten dem Verbandstage gestellt hatten, hat nicht getäuscht. Der 14. Verbandstag in Jena hat einen Verlauf genommen, von dem die Kollegenschaft nicht nur voll befriedigt sein kann, sondern von dem sie auch erwarten darf, daß er die verbandlichen Bestrebungen dem Ziele näher bringt und hilft, die berechtigten Forderungen der Kollegenschaft schöner Erfüllung zuzuführen. Denn in voller Einigkeit und Geschlossenheit hat der Verbandstag den Weg für die verbandliche Zukunft abgesteckt und die Beschlüsse gefaßt, die zum Segen der Kollegenschaft gereichen müssen. Mit Recht konnte Kollege Haß am Schlusse des Verbandstages feststellen, daß echt kollegialer Geist die Tagung beherrscht habe, obwohl die verschiedenen Meinungen um den besten Weg zur Macht nicht selten heftig aufeinandergetroffen seien, daß die wichtigsten gefaßten Beschlüsse seltene Einigkeit gezeigt hätten und daß an der Geschlossenheit der Kollegen alle Bemühungen der Unternehmer, die Lebenshaltung der Kollegen zu verschlechtern und ihren Aufstieg zu verhindern, scheitern müßten. Durch großen Beifall haben die Delegierten diese Feststellungen unterstrichen und das ausgebrachte dreifache Hoch auf den Verband war die Bekräftigung dafür, daß mit neuer Kraft und ganzer Hingabe weiter an der Aufgabe gearbeitet werden soll, der Kollegenschaft eine Existenz zu verschaffen, die ihnen neben Freude zu beruflicher Arbeit auch Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur sichert.

Die Beratungen des Jenaer Verbandstages standen unter einem besonders günstigen Stern, auch in ihrer geistigen Höhenlage. Sie boten dem kritischen Beobachter nämlich das eigenartige Schauspiel des ständigen Aufstiegs. Die Beratungen über die Berichte der Verbandskörperschaften befriedigten nicht ganz. Wohl haben die Verbandskörperschaften in redlichem Bemühen die Anerkennung für ihr Tun in der verflochtenen Berichtsperiode gefunden, die ihnen von allen Kollegen gezollt und ihnen durch das erteilte Vertrauensvotum ausgesprochen wurde. Aber damit dürfte es nicht sein Bewenden haben. Aussprachen über eine verflochtene Geschäftsperiode sollen auch zugleich Anlaß sein, um die Probleme der Zeit zu ringen. Das ist leider nur andeutungsweise bei der Beratung des erstatteten Geschäftsberichtes geschehen, obwohl der Geschäftsbericht reichlich Gelegenheit dazu bot. Selbst die sogenannte Opposition hat davon abgesehen, ihre Forderungen erneut zu formulieren. Auch sie beschränkte sich darauf, anzuerkennen, daß die Verbandskörperschaften im Laufe der Berichtsperiode bemüht waren, nach den Kölner Beschlüssen, die nicht ihre Beschlüsse seien, das Verbands-schiff zu steuern. Die Verbandskörperschaften konnten sich deshalb darauf beschränken,

in einem kurzen Schlußwort des Kollegen Haß auf das antworten zu lassen, was unbedingt eine Antwort haben mußte. Die Beratung des Tagungsordnungspunktes „Berichte“ schloß dann ab mit der Erteilung eines Vertrauensvotums für die Verbandskörperschaften, der einstimmigen Genehmigung der Erwerbung eines eigenen Verbands-hauses und der Fahrt der Delegierten nach der „Pressa“ in Köln.

Das neue Arbeitsrecht und seine Bedeutung, der dritte Punkt der Tagesordnung des Verbandstages, fand dann eine Behandlung, die dem Verband wirklich zur Ehre gereicht. Das Arbeitsrecht ist in ein neues Stadium der Entwicklung eingetreten. Jetzt vollzieht sich auf diesem Gebiete der Übergang vom Individualismus zum Kollektivismus. Die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze sind dafür der beste Beweis, die aber wieder für sich tagtäglich neue Probleme aufwerfen, mit denen der tägliche Gewerkschaftskampf zu ringen hat. Es galt deshalb dem Referenten die Aufgabe, das neue Arbeitsrecht unter dem Gesichtswinkel des täglichen Lebens abzuhandeln ohne zu versäumen, den grundsätzlichen Wandel darzulegen, den das neue Arbeitsrecht mit sich bringt. Kollege Nörpel, der Dezernent für das Arbeitsrecht im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem das Referat über diesen Tagesordnungspunkt des Verbandstages übertragen war, hat sich seiner Aufgabe im wahrsten Sinne des Wortes gewachsen gezeigt. In zweiund-einviertelstündiger Rede hat Kollege Nörpel zum neuen Arbeitsrecht gesagt, was zu sagen war und was gesagt werden mußte. Und mit größter Aufmerksamkeit haben die Delegierten den Ausführungen gelauscht. Es gab nur einen Eindruck dieser groß angelegten Rede: dieser Mann aus dem Volke beherrscht das neue Arbeitsrecht wie so leicht kein zweiter! Aber Kollege Nörpel gab nicht nur Unterricht über Wesen, Inhalt und Bedeutung der neuen arbeitsrechtlichen Gesetze, sondern er berührte auch unsere besonderen Verhältnisse und flocht in seine Ausführungen die Forderungen ein, die die Gewerkschaften an die Gesetzgebung stellen müssen. Lebhafter Beifall des Verbandstages lohnte den Referenten für seine Mühen, der wirklich redlich verdient war. Die Aussprache über diesen Verhandlungsgegenstand war ob des glänzenden Referates relativ kurz und bezog sich fast ausschließlich auf die gestellten Entschlüsse. Ganz im Sinne der Ausführungen des Kollegen Nörpel hat dann der Verbandstag auch beschlossen. Aber die volle Zustimmung des Verbandstages zu dem vom Kollegen Nörpel Gesagten kommt in dem einstimmigen Beschluß zum Ausdruck, das Referat Nörpels als Sonderdruck für die aktiven Kollegen erscheinen zu lassen. Eine bessere Anerkennung für Kollegen Nörpel können wir uns nicht denken.

Im Anschluß an diesen Beratungspunkt sprach dann Kollege Herbst über die technische und wirtschaftliche Entwicklung in

unsern Berufen. Obwohl schon viel über dieses Gebiet ureigenster Verbandsarbeit im schriftlich erstatteten Geschäftsbericht gesagt worden war, mußte doch noch manch wichtiges darüber nachgetragen werden. Die Ausführungen des Kollegen Herbst werden noch als selbständige Abhandlung im Verbandsorgan erscheinen, damit sie wortgetreu zur Unterlage für kollegiale Zukunftsarbeit gemacht werden können. Besonders auf dem Gebiete fachtechnischer Fortbildung ist noch immer sehr viel zu tun übrig geblieben. Es muß leider gesagt werden, daß ein beachtlicher Teil von Kollegen noch immer nicht das Verständnis fachlicher Fortbildung entgegenbringt, das es im Interesse unserer berechtigten Forderungen verdient. Das wurde von den Delegierten auch festgestellt, die darüber klagten, daß die Veranstaltungen der technischen Arbeitsgemeinschaften nicht den Besuch finden, den sie beanspruchen können. Trotzdem gab es keine Resignation, denn es war offen, daß auch diese Verbandsbestrebungen an Boden gewinnen und anerkanntenswerte Erfolge gezeitigt haben. Und daneben stand der unerschütterliche Wille, auch hier nicht locker zu lassen und zu tun, was die Zeit verlangt. Es wurde deshalb nach Schluß der Aussprache in voller Übereinstimmung beschlossen, weiter die Voraussetzungen zu fachlicher Fortbildung unter Erneuerung der Beschlüsse von Köln zu schaffen, um den wirtschaftlichen Bestrebungen des Verbandes das Fundament des Erfolges zu bauen.

Und dann kam die Auseinandersetzung über die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes, die Kollege Haß mit groß angelegter Rede einleitete, und die einen wesentlichen Teil dessen aufhob, was wir an der Aussprache über den Geschäftsbericht glauben bemängeln zu müssen. Wie üblich, wurde auch diesmal dieser Beratungspunkt in geschlossener Sitzung abgehandelt. Wir glauben mit Berechtigung annehmen zu dürfen, daß die Kollegenschaft für dieses Tun des Verbandstages volles Verständnis hat. Es muß ja auch dem Naivsten unter uns einleuchten, daß es falsch sein muß, auf offenem Markte breit zu treten, was zukünftig getan werden soll, um den berechtigten Forderungen der Kollegen Geltung zu verschaffen. Es ist doch auch bekannt genug, daß unsere Unternehmer allen Ansprüchen Schwierigkeiten genug bereiten, ehe sie anerkannt werden. Wir haben also nicht die geringste Ursache, ihnen die Vorbereitung ihres Widerstandes zu erleichtern. Aber trotz geschlossener Sitzung sei doch gesagt, daß die gepflogene Auseinandersetzung allen denen, die unter stärkster Anteilnahme am Ringen der Gestaltung der Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes beteiligt sind, ein Genuß war. Es sind bei der Aussprache zwar manchmal recht harte Worte gefallen, aber der heilige Eifer und das redliche Bemühen, der Kollegenschaft dienstlich zu sein, entschuldigt sie. Selbstverständlich haben

bei dieser Aussprache auch die Urabstimmungen über das Ergebnis gepflogener Tarifverhandlungen zur Debatte gestanden. Es ist da manches sehr berechtigte gesagt worden, was sich die betroffenen Kollegenkreise nicht hinter den Spiegel stecken sollten. Tarifverhandlungsergebnisse sind keine Objekte zu leerer radikaler Demonstration! Um auch Grundlagen für das Handeln der Verbandskörperschaften zu schaffen, wenn einmal ein Ergebnis von Tarifverhandlungen durch Urabstimmung abgelehnt ist, kam ein Antrag zur Verhandlung, der diese Lücke ausfüllt, dem die Zustimmung gegeben wurde. Gründlich wurde auch dem Lohnproblem zu Leibe gegangen. Das sichtliche Bemühen aller Verbandstagsteilnehmer, auch hier die Grundlagen für zukünftige Erfolge zu schaffen, muß im höchsten Grade Anerkennung finden, wie überhaupt der Beratung dieses Tagesordnungspunktes das Urteil eines außerordentlich hohen Niveaus gesprochen werden muß.

Das Streben, den Verband zur allerstärksten Vertretung der Interessen der Kollegen zu machen, kam auch bei Beratung der Satzungen zum einheitlichen Ausdruck. Um die Kampfkasse des Verbandes zu stärken und die notwendigen Mittel zur Pflege fachtechnischer Fortbildung bereitstellen zu können, beschloß der Verbandstag einstimmig, den Verbandsbeitrag ab erste Woche im Oktober 1928 um 20 Pfennige zu erhöhen, bei Belassung der bestehenden Unterstützungssätze. Sonst sind an den Satzungen nur kleine Änderungen vorgenommen worden, die aber noch einmal gesondert abgehandelt werden. Das Stimmrecht der Nichtgewählten, aber auf dem Verbandstag anwesend sein müßenden Kollegen ist in Wegfall gekommen. Diese Angelegenheit war den führenden Kollegen kein Objekt, um das ein ernster Streit zu führen sei, zumal immer wieder von den Kollegen betont wurde, daß mit Annahme der gestellten Anträge das große Vertrauen, das den Verbandskörperschaften entgegen gebracht wird, nicht im geringsten berührt wird. Wir halten das Neugeschaffene nicht für recht. Aber darum einen Streit zu führen, ist ganz deplaciert.

Der Jenaer Verbandstag hat die neuen Richtlinien für die Verbandspolitik abgesteckt. Sie sind der einmütige Ausdruck der Beauftragten der Kollegen und der Verbandskörperschaften. Wo so die Einheit und Geschlossenheit die Führung von Verbandschaften bestimmt, wie das in Jena zu verzeichnen gewesen ist, da kann nur Gutes das Ergebnis von Beschlüssen sein. Und nach menschlichem Ermessen sind die Jenaer Verbandstagsbeschlüsse angetan, das Wohlergehen der Kollegen zu fördern und ihnen in ihrem Aufstieg wesentliche Hilfe zu leisten. Gibt es aber einen anderen Zweck des Verbandes? Die Kollegschaft hat deshalb alle Ursache, über den Verlauf des Verbandstages, der in allem eine geradezu überwältigende Einigkeit und Geschlossenheit zeigte, erfreut zu sein. So etwas macht uns so leicht auch keiner nach! Freuen wir uns dessen und mögen alle Kollegen bemüht sein, bis zum nächsten Verbandstag in München in gleicher Weise zu arbeiten. Dann heißen sich die Unternehmer an dieser Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen die Zähne aus. Unser aber ist der Aufstieg!

Die wichtigsten Beschlüsse des Verbandstages.

Akauf eines Verbandshauses.

Der Verbandstag gab dem Verbandsvorstand Vollmacht, ein Haus zur Unterbringung des Bureaus des Verbandsvorstandes anzukaufen.

Fahrt nach Köln.

Der Vorschlag der Verbandskörperschaften, den Verbandstag mit einer Besichtigung der „Pressa“ abzuschließen, wurde einstimmig gutgeheißen.

„Graphische Presse“

Der Mindestumfang der „Graphischen Presse“ beträgt ab Januar 1929 sechs Seiten.

Jugendleiter-Konferenz.

Im Einverständnis der Zentral-Lehrlingskommission mit dem Verbandsvorstand ist in der laufenden Geschäftsperiode eine Jugendleiter-Konferenz zu berufen.

Tiefdruckstreit.

Unter Aufrechterhaltung des Kölner Beschlusses gilt noch folgendes:

Zur Beendigung des Streites mit den Buchdruckern über die Besetzung der Tiefdruckmaschinen wird dem Verbandsvorstand Vollmacht erteilt, weitere Verhandlungen zu führen.

Bei diesen ist aber daran festzuhalten, daß die Tiefdruckmaschinen und die an diesen arbeitenden Gehilfen dem Tarif für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe unterstellt bleiben.

Statistische Erhebungen.

Den statistischen Arbeiten und Aufgaben des Verbandes muß in den Funktionskreisen eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Halbjährlich (am ersten Lohntag der Monate Januar und Juli) erfolgen im ganzen Reich statistische Aufnahmen. Die erforderlichen Vordrucke werden den Mitgliedschaften vom Verbandsvorstand zugestellt.

Der Verbandsvorstand stellt zur Ausfertigung und Einsendung an die Gauleitungen eine bestimmte Frist und gibt diese öffentlich in der Presse zur Kenntnis aller Kollegen.

Den Gauleitern obliegt die Pflicht der Bearbeitung des eingegangenen Materials innerhalb des Gaues.

Umgehend sind dem Verbandsvorstand die Ergebnisse einzusenden, um in einem Rundschreiben zur genauen Information der Kollegschaft als Reichsergebnis hinausgegeben zu werden.

Graphischer Industrieverband.

Der Verband erkennt sich erneut zu seinen früheren Beschlüssen und den Bestrebungen des ADGB. auf Zusammenschluß der einzelnen Berufsverbände zu Industriegruppen.

Arbeitsrecht und Arbeiterversicherung.

I.

Das geltende Schlichtungswesen hat den Anforderungen, die die Gewerkschaften an dasselbe stellen müssen, nicht immer entsprochen.

Es ist nicht der Zweck des Schlichtungswesens, mit Hilfe der Verbindlichkeitserklärung die Kampffreiheit der Gewerkschaften zu beschränken.

Ebensowenig kann es seine Aufgabe sein, kapitalistische Profitinteressen wahrzunehmen.

Die Unternehmer verhindern mit allen Mitteln die Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat. Dadurch verwirken sie jeden Anspruch auf besonderen Schutz.

Aus diesem Grunde muß das Schlichtungswesen so umgestellt werden, daß nur die Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung beantragen dürfen.

Nur in besonderen Fällen kann dem Staate das Recht zuerkannt werden, zur Wahrung von Allgemeininteressen von Amtswegen einzugreifen.

II.

Durch die fortschreitende Technik und Rationalisierung werden noch vollarbeitsfähige Arbeiter aus dem Produktionsprozeß entfernt, die nach Aussteuerung in der Arbeitslosenversicherung die kommunale Fürsorge in Anspruch nehmen müssen.

Dazu erklärt der Verbandstag, daß das Reich die Pflicht hat, für die Opfer der kapitalistischen Welt zu sorgen und erhebt deshalb folgende Forderungen:

1. Wegfall der Wartezeiten in der Arbeitslosenversicherung;
2. Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle ausgesteuerten Arbeiter;
3. Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre;
4. Zusammenfassung der gesamten sozialen Gesetzgebung in ein Gesetz.

III.

Die vom Verband nach der Verordnung über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 25. 12. 1918 abgeschlossenen Tarifverträge sind Organisationsverträge. Die satzungsgemäße Vertretung aus solchen Verträgen obliegt ausschließlich dem Verbandsvorstand bzw. dessen erstem Vorsitzenden, der Amtsvollmacht an Organisationsvertreter erteilen kann.

Zur Durchführung und Überwachung der in den Verträgen festgesetzten Bestimmungen werden vom Verbandsvorstand Tariffunktionäre bestimmt. Die Rechte und Pflichten dieser Tariffunktionäre enthält der Tarifvertrag.

Die Tariffunktionäre dürfen bei dieser Normierung ihrer Rechte mit verbindlicher Wirkung für den Verband keine Handlungen vornehmen, die nur dem Verbandsvorstand oder den von diesem beauftragten Organisationsvertretern zustehen.

Tariffunktionäre, deren Handlungen geeignet sind, den Verband zivilrechtlich haftbar zu ma-

chen, handeln auf eigene Gefahr und können vom Vorstand abberufen werden.

Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes.

Die bisher gefaßten Beschlüsse der Verbandstage zur reichstatariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse werden erneut bestätigt.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen ist den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Wird das Verhandlungsergebnis mit Stimmenmehrheit abgelehnt, so haben Verbandsvorstand und Verbandsbeirat das Entscheidungsrecht über die zu treffenden Maßnahmen.

Als dringliche Forderungen sind bei den Tarifverhandlungen zu vertreten: die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, Verringerung der Zahl der Überstunden, Einschränkung der Lehrlingszahl in den Berufen, in denen die Arbeitslosigkeit Massenerscheinung wird, paritätische Kontrolle der Lehrlingsausbildung, Erweiterung des Ferienanspruches und Einführung des Krankentages.

Zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der bisherigen Errungenschaften, insbesondere der Feiertagsbezahlung, sind alle verfügbaren Kräfte anzuspannen.

Tarife mit organisatorischen Zwangsbestimmungen können abgeschlossen werden, wenn die Unternehmerverbände bereit sind: ihren Mitgliedern keine Vorschriften über die Einstellung von Lehrlingen zu machen; Ausschlüsse von Mitgliedern, die gegen die Preisbindungen verstoßen, nicht ohne Zustimmung des Gehilfenverbandes vorzunehmen; den Gehilfen eine Mitbestimmung bei der Preisbildung einzuräumen; Einzelmitgliedern in Ausnahmefällen Beiträge zu stunden oder nachzulassen und neugegründete Firmen auf Antrag des Gehilfenverbandes aufzunehmen.

Die Festsetzung von Tarif- und Leistungslohnern bleibt im bisherigen Umfang bestehen. Soll eine Änderung eintreten, so müssen Verbandsbeirat und die in Betracht kommende Branchenkonferenz zuvor gehört werden. Von den Unternehmern ist zur Durchführung des Leistungslohnes zu verlangen, daß weder zentrale noch örtliche Bindungen zur Festsetzung von Lohngrößen erfolgen.

Ein Reichstarif für die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen ist nach wie vor anzustreben.

Verbandsbeitrag.

Der wöchentliche Beitrag beträgt ab erste Woche im Oktober 1928 2,20 Mk.

Verwaltung der Mitgliedschaften.

Zur Bestreitung der den Mitgliedschaften entstehenden lokalen und sonstigen Ausgaben, also Portos, Verwaltungskosten, Sitzungsgelder, Lohnausfalldeckung, örtliche Agitation, Kartellbeiträge, Informations- und Bildungszwecke und aus örtlichen Verhältnissen hervorgehendes Sonstiges, ebenso wie der Entschädigung an die geschäftsführenden Verwaltungsmitglieder verbleiben den Mitgliedschaftsverwaltungen 20 Pf. von jedem Vollbeitrag. An Entschädigung (Honorare) ist davon der dritte Teil zu berechnen, in Mitgliedschaften mit Verbandsangestellten der sechste Teil. Überschüsse in dem einen Vierteljahre dienen etwaigen Zuschüssen im anderen Vierteljahr. Es ist deshalb über Einnahmen, Ausgaben und Bestand des örtlichen Anteils vom Kassierer Buch zu führen und vom Vorsitzenden und den Revisoren zu jeder Quartalsabrechnung Kontrolle darüber abzuhalten.

Stimmrecht auf dem Verbandstage.

Auf Verbandstagen haben nur die gewählten Delegierten Stimmrecht.

Arbeitersport.

Durch Wort und Schrift sind die Kollegen aufzuklären, den bürgerlichen und Werksporvereinen fernzubleiben und sich den Arbeiter-Sportorganisationen anzuschließen.

Jugendleiterkonferenz der Gewerkschaften.

Im Laufe der Zeit haben sich innerhalb des ADGB. Zusammenkünfte der Sachbearbeiter für die Jugendfragen in den Verbandsvorständen und den Bezirken des ADGB. zu einer ständigen Einrichtung entwickelt. Mit dem wachsenden Umfang der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist die Zahl der Gewerkschaften und auch der Bezirke, die regelmäßig zu diesen Tagungen Vertreter entsenden, ständig gewachsen. Die zunehmende Bedeutung, die allen Fragen der Organisierung und Erziehung der Jugend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewidmet wird, findet ihren Ausdruck nicht nur in dem größer gewordenen Umfang dieser Konferenzen, sondern vor allem auch durch die Erstreckung der Beratungen auf Gebiete, deren Bearbeitung in ihrer Wichtigkeit für die Gesamtbewegung erst durch die intensivere Jugendarbeit erkannt werden konnte.

Am 15. und 14. Juli fand eine solche gewerkschaftliche Jugendleiter-Konferenz in Köln statt, die mit einer Besichtigung der „Pressa“ verbunden war. Es waren 26 Vertreter der Verbände und 7 der Bezirke des ADGB. sowie vom Bundesvorstand die Kollegen Maschke und Heßler anwesend. Über die Frage

„Jugendämter und Gewerkschaften“

machte Kollege Stadtrat Dittmer (Berlin) die einleitenden Ausführungen. Er wies nach, in wie starkem Maße die Gewerkschaften an den Aufgabengebieten der Jugendämter interessiert sind. Sie müssen deshalb der Besetzung des Vorstandes des Jugendamtes größte Aufmerksamkeit widmen und selbst Vorschläge machen. Dittmer zeigte, wie sowohl bei der Jugendfürsorge wie auch bei der Jugendpflege die Richtung der Tätigkeit durchaus von den im Jugendamt wirkenden Persönlichkeiten bestimmt werden kann. Mancher Jugendliche kann vor der Anstaltsfürsorge-Erziehung bewahrt werden, wenn verständnisvolle Mitarbeiter den häufig ausschlaggebenden finanziellen Gesichtspunkten die der sozialen Fürsorge und Pädagogik entgegenstellen. Auf die Beschaffung und Ausgestaltung von Jugendherbergen, Bibliotheken, Jugendheimen, Spielplätzen und auch bei der Vergabe von Mitteln an Jugendvereine und für Schülerwanderungen können wir gar nicht genug Einfluß nehmen. Auf allen diesen Gebieten müssen die Gewerkschaften für das Erreichen positiver Erfolge sorgen. Dasselbe gilt für die Ortsausschüsse für Jugendpflege, die in Preußen über staatliche Mittel verfügen.

Die Aussprache, welche einzelne Beispiele fruchtbarer Wirkens gewerkschaftlicher Vertreter in solchen Körperschaften erbrachte, ergab grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Referenten. Gewünscht wurde, daß in einem Handbuch den Funktionären die notwendigen Hinweise und Unterlagen gegeben werden. In der Gewerkschaftspresse, in Rundschreiben und auf Konferenzen sollen die Gewerkschaftsmitglieder allgemein auf die Bedeutung dieses von den Gewerkschaften noch ungenügend beachteten Gebietes und zur Mitarbeit angeregt werden.

Zur Vorbereitung der auf dem kommenden Gewerkschaftskongreß herbeizuführenden Stellungnahme wurde sodann über unsere „Forderungen zum Berufsschulwesen“ beraten. Hierzu referierte der Kollege Heßler. Er legte die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung dar und begründete besonders eingehend die Forderung nach einheitlichem Aufbau des beruflichen Schulwesens. Das heutige System der von den Schulen erteilten Berechtigungen sei dringend reformbedürftig, eine Berücksichtigung der beruflichen Bildung müsse unbedingt erfolgen. Vereinfachung in der Schulverwaltung und in der Schulaufsicht sowie Ausbau der inneren Einrichtungen der Berufsschulen ist notwendig, wenn die Schule zeitgemäß arbeiten soll.

Die sehr lebhaft ausgesprochene zeitige Übereinstimmung mit dem Referenten und der vorgelegten Entschliebung. Gewünscht wurde, in dieser weiter zu betonen, daß die vom Breslauer Gewerkschaftskongreß 1925 erhobenen Forderungen aufrecht erhalten werden. Eine Stellungnahme zum „Berechtigungswesen“ wollten einige Redner vermeiden wissen, doch stimmte die Mehrheit dem Referenten darin zu, daß eine Entscheidung für uns unumgänglich sei.

Danach wurde Entschliebungen zugestimmt, von denen eine den Standpunkt der Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz formuliert, eine andere vom Reichstag verlangt, daß er bei der kommenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes die Jugendschutzforderungen berücksichtigen werde und ferner eine, die sich gegen die Bestrebungen gewisser Handwerkerkreise nach Verlängerung der Lehrzeit wendet. Bei der Erörterung dieser letzten Frage, von der Kollege Hensel (Berlin) die einleitenden Ausführungen machte, wurde die interessante Tatsache festgestellt, daß einige Arbeitgebergruppen für Verkürzung der Lehrzeit eintreten, um dadurch den von ihnen befürchteten kommenden Mangel an gelerntem Arbeitskräften zu mildern. In den Berufen also, wo die Beschäftigung von Lehrlingen die von Gesellen überwiegt, wird längere Lehrzeit verlangt; ist die Lehrlingszuchterei unmöglich gemacht, so hat man an verlängerter Lehrzeit kein Interesse!

Der Konferenz wurde ferner von dem Jugendsekretär des ADGB, Kollegen Maschke, Bericht über eine Reihe wichtiger organisatorischer Angelegenheiten gegeben. Die Bestrebungen nach Schaffung eines einheitlichen Jugendführer-Ausweises, der sowohl der Reichsbahn (Fahrpreisermäßigung), den Jugendherbergen wie auch den Behörden gegenüber legitimiert, wurden begrüßt und ein baldiges Gelingen des Planes gewünscht. Für zweckmäßig wurde bezeichnet, daß der Vertrieb des Abzeichens der „Freien Gewerkschaftsjugend“, der bisher durch die Ortsausschüsse Berlin und Dresden erfolgte, zentral vom ADGB aus geschehen sollte.

Der von kommunistischer Seite veranlaßte Antrag einer örtlichen Jugendabteilung, im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongreß eine Fischkonferenz der örtlichen Jugendleiter stattfinden zu lassen, fand einmütige Ablehnung. Die zahlreichen Jugendleiter tagungen der Verbände wie auch der Bezirke des ADGB — auch die Jugendleiterkurse sind zu erwähnen — geben neben den Tagungen der zentralen Stelle tätigen Jugendleiter vieler Möglichkeiten zur Information, 21 Aussprachen, Anregungen und zu Forderungen

an die Organisationen und die Öffentlichkeit, daß kein Bedürfnis nach weiteren großen Konferenzen anerkannt werden konnte. Die Absicht, im Herbst d. J. vom ADGB, den Arbeitersportlern und der Sozialistischen Arbeiterjugend gemeinsam eine Kundgebung der Jugendführer dieser drei Gruppen stattfinden zu lassen, fand zustimmende Aufnahme.

Der Verlauf der Beratungen gab allen Teilnehmern die feste Überzeugung, daß in der Gewerkschaftsbewegung das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der heranwachsenden Generation in steigendem Maße zu praktischen Auswirkungen kommt. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit wird daher auch zukünftig von weiteren Fortschritten, von Ausbreitung und Vertiefung berichten können.

Genossenschaftliche Zigarettenfabrikation.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, hat im Mai d. J. ihre Zigarettenfabrikation von Stuttgart nach dem Sitz ihrer Zentrale, nach Hamburg, verlegt. Der Umzug in die dort befindliche ehemalige GEG-Zuckerwarenfabrik bot willkommene Gelegenheit, alle baulichen und fabrikatorischen Einzelheiten von Grund auf für Qualitätsleistungen vorzusehen. So wurden dort folgende Einrichtungen getroffen:

Im Keller des Fabrikgebäudes ist als bedeutungsvollste Neuerung eine sogenannte Klimatisierungsanlage eingebaut. Von dieser wird nach einem patentierten Verfahren in alle Verarbeitungsräume genau temperierte und mit einem ganz bestimmten Feuchtigkeitsgehalt gesättigte Luft verteilt, um die Tabaksorten in ihren verschiedenen Fabrikationsstadien duftig und aromabildend zu erhalten. In den bezeichneten Kellerräumen werden die zur Verwendung kommenden feinen orientalischen Tabake aufgelöst, nach Art und Qualität bis ins einzelne sortiert und von hervorragenden Fachleuten gemischt. In dieser schwierigsten Arbeit liegt das eigentliche Geheimnis der Zigarettenfabrikation, da von ihr der Geschmack und das Aroma der Zigarette abhängt. Bei der Auflösung und Sortierung werden auch alle dem Tabak vom Ursprungslande her etwa anhaftenden Unreinlichkeiten sowie jede Staubbildung durch eine elektrisch-pneumatisch arbeitende Anlage beseitigt.

Nachdem der Tabak durch Maschinen in feine Fäden geschnitten und während seiner pneumatischen Beförderung ins dritte Stockwerk von neuem automatisch gelockert und gereinigt worden ist, bildet er eine innige Mischung von Fasern der verschiedenen Provenienzen, deren Mengenteile entsprechend der Art und Intensität ihres Aromas genau gegeneinander abgewogen sind. In diesem Zustand hat der Tabak 24—48 Stunden Ruhe, damit sich die Verschmelzung der Einzeldüfte zum vollendeten Zigarettenaroma vollzieht. Dann wandert er auf die Zigarettenmaschinen. Von diesen Wunderwerken der Technik sind dauernd drei Stück tätig; sie stellen bei achtstündiger Arbeitszeit gut eine Million Zigaretten her. Ein laufendes Band gibt die Möglichkeit sorgfältigster Prüfung und Entfernung von etwa mißlungenen Exemplaren, dann läßt man die Zigaretten in offenen Kästen 24—48 Stunden ablagern. Nach nochmaliger Sortierung werden sie schließlich zu 10 oder 25 Stück in die geschmackvollen GEG-Schachteln verpackt, maschinell banderoliert und sind dann zum Versand fertig.

Die ausschließliche Verarbeitung von Orienttabaken, das Zusammenstellen neuer Mischungen durch erstklassige Fachleute und die Benutzung der zurzeit vollkommensten Einrichtungen dieses Arbeitsgebietes haben GEG-Zigaretten ergeben, die unbedenklich jeden Vergleich mit den unter ungeheuerstem Reklameaufwand angepriesenen Markenzigaretten aushalten.

Hier möge noch eine kurze volkswirtschaftliche Betrachtung folgen. Der Konsum an Zigaretten ist in Deutschland nach der amtlichen Statistik seit 1913 auf das 2^{1/2}-fache gestiegen, im letzten Jahr wurden allein für 1442 Millionen Mark Zigaretten verauscht. 560 000 Handelsbetriebe beschäftigen sich damit, diese Zigaretten an den Mann zu bringen. Ihre Verdienstspanne dabei muß nach erfolgter Aufhebung einer einschränkenden Verordnung mit 30 Proz., die Ausgaben für Reklame mit 5 Proz. angenommen werden. Die arbeitende Bevölkerung zahlt also in die Taschen des Zwischenhandels und der Reklameindustrie insgesamt eine halbe Milliarde im Jahr.

Die einfache Frage ist: muß das so sein? Können die arbeitenden Klassen, die sonst ihr Geschick machtvoll zu lenken gelernt haben, aus dieser Tributleistung an den herkömmlichen Handel nicht herausfinden?

Da sind die genossenschaftlichen, in jeder Hinsicht unübertroffenen GEG-Zigaretten, da sind die von der arbeitenden Bevölkerung getragenen und überwachten Konsumvereine, die diese Zigaretten ohne verteuende Manipulationen dem Verbraucher zuführen, da sollten vernünftigerweise auch die Werkstätten eines Willens sein, solche in ehrlicher Rücksicht auf ihren Bedarf hergestellten GEG-Zigaretten dem Konsumverein zu entnehmen.

Rundschau.

Deutsche Reklameschau 1929.

Der Reichsverband Deutsche Reklameschau E. V. hat die Öffentlichkeit davon unterrichtet, daß er für 1929 eine große deutsche Reklameschau vorsieht, die vom 21. September bis 15. Oktober 1929 in Berlin stattfinden soll. Der Verband Deutscher Reklamefachleute E. V., der bis vor kurzem dem Reichsverband Deutsche Reklameschau als Mitglied angehört hat, hält die Festlegung des Termins der nächsten deutschen Reklameschau heute noch für verfrüht, solange nicht feststeht, ob im Jahre 1929 internationale Kongresse gleichzeitig in Berlin stattfinden. Der Jahreskongreß des neugegründeten Kontinentalen Reklame-Verbandes wird ja bestimmt nach Berlin kommen, dagegen steht noch nicht fest, ob der Weltkongreß der International Advertising Association nach Deutschland einberufen wird. Mit Rücksicht hierauf und unter Hinweis auf die Tatsache, daß mit dem internationalen Kongreß regelmäßig eine Reklameausstellung verbunden ist, hat der Vorstand des Verbandes Deutscher Reklamefachleute folgenden Entschluß gefaßt:

„Der VDR. ist seit Jahren Mitglied der International Advertising Association in New York. Sein lebhaftestes Bestreben ist es, daß der nächste Kongreß dieses Welt-Reklame-Verbandes in Deutschland abgehalten und mit einer Internationalen Reklameschau verbunden wird. Aber erst wenn in Detroit die Entscheidung über den Ort des nächstjährigen Weltkongresses gefallen sein wird, ist es dem VDR. gegeben, eine Entschliebung über die Teilnahme an der vom Reichsverband Deutsche Reklameschau angekündigten Reklameschau 1929 zu treffen. Insbesondere muß nach Ansicht des Verbandsvorstandes vermieden werden, daß eine Reklameausstellung 1929 in Deutschland durchgeführt wird und 1930 womöglich wiederholt werden muß, weil erst dann der Weltkongreß in Deutschland abgehalten wird, der stets von einer Ausstellung begleitet ist. Von diesem Brauch könnte nicht abgewichen werden, abgesehen davon, daß die deutsche Werbeindustrie daran interessiert ist, auch das Ausland von ihrer Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Eine solche Doppelbelastung der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Werbeindustrie ist nicht angängig.“

Der 6. Verbandstag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker findet am 24., 25. und 26. September im großen Sitzungssaal des Verbandshauses der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5, statt.

Warnung

vor dem Trunksuchtmittelschwindel!

In Tageszeitungen, Zeitschriften und Familienkalendern sind häufig Anzeigen zu finden, in denen Heilmittel gegen die Trunksucht angepriesen werden, bisweilen unter Zusicherung scheinbar weitgehender Garantie. Jeder, der in der Fürsorge für Alkoholkränke tätig ist, weiß, daß es ein wirksames Mittel gegen die Trunksucht nicht gibt. Derartige Anzeigen sind ausnahmslos als Schwindel zu bezeichnen, vor dem wir die Angehörigen Alkoholkranker nicht eindringlich genug warnen können. Die öffentliche Anpreisung von Trunksuchtmitteln ist verboten und unter Strafe gestellt.

Trunksucht ist eine Krankheit wie jede andere, nur daß hier die Ursachen ungleich komplizierter und schwerer erkennbar sind (weil häufig im Körperlichen und Seelischen liegend), als z. B. bei der Tuberkulose. Trunksucht ist heilbar, aber nicht durch Geheimmittel. Voraussetzung der Heilung ist in jedem Falle Enthaltensamkeit von berausenden Getränken, die, wenn anders nicht möglich, in einer Heilanstalt erreicht werden muß.

Angehörige von Trunksüchtigen erhalten am besten Rat und Hilfe in den Beratungsstellen der städtischen Wohlfahrtsämter oder, wo diese nicht vorhanden, der alkoholgegenerischen Vereine.

Alle sind zufrieden.

Es ist ein seltenes Schauspiel, daß ein sozialpolitisches Gesetz von überragender Bedeutung eine Anerkennung von allen Seiten findet. Dies ist der Fall bei der Beurteilung über die Arbeitsgerichte. Anläßlich des einjährigen Bestehens des Arbeitsgerichtsgesetzes sind in den Blättern aller Richtungen Betrachtungen über den Wert des Arbeitsgerichtsgesetzes angestellt worden. Es ist uns kein Blatt zu Gesicht gekommen, welches den alten Zustand der Zersplitterung in Arbeitsstreitigkeiten wieder herbeiseht. Die letzte Nummer der „Handwerks-Zeitung“ befähigt sich ebenfalls mit den Ergebnissen der Arbeitsgerichtsbarkeit. Das Handwerkerblatt schreibt u. a.: Nach diesen geschilderten tatsächlichen Verhältnissen beim Arbeitsgericht Berlin dürfte die Frage, ob sich dieses Gericht bewährt hat, in nicht ungünstigem Sinne zu beantworten sein.“ Also selbst die Handwerkskreise, die sich mit sozialpolitischen Neuerungen am wenigsten vertraut machen können, sind mit dem Arbeitsgerichtsgesetz zufrieden. So haben die Gewerkschaften einmal etwas geschaffen.

Feuilleton.

Das Eigentum.

Nachdruck verboten ohne Genehmigung des Verfassers oder der „Graphischen Presse“.

Von Arthur Meltzer (Dresden).

Wenn man heute allgemein von einer Krise des Eigentumsbegriffes spricht, so weist man damit auf eine Erscheinung hin, die als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung vorauszusehen war.

Das ganze Gebäude privatkapitalistischer Ordnung ist eben von innen heraus angefallen, in seinen Stützen angebrochen und wankt infolgedessen in seinen Grundfesten. Der endgültige Zusammenbruch kann nur noch eine Frage der Zeit sein, weshalb es gilt, vorsorgende Maßnahmen zu treffen, die eine Katastrophe vereiteln.

Während einestils die Großunternehmen wachsen und sich zu über die ganze Erde erstreckenden Gemeinschaften vereinigen, werden andererseits die Kleinunternehmer mehr und mehr ausgeschaltet und proletariert. Naturgemäß wird damit und in Verbindung mit den Rationalisierungsbestrebungen, die immer neue Scharen Arbeitswilliger auf die Straße setzen, das Elend vermehrt und die Unzufriedenheit geschürt, aber auch die Erkenntnis der Unnatürlichkeit des privatwirtschaftlichen Systems mit seinen unterschiedlichen ungerechten Lebensbedingungen und brutalen Ausbeutungsmöglichkeiten vertieft und in die weitesten Volksschichten getragen.

Ist es schon deshalb unlogisch, die sozialistischen Ideen oder die einsetzende „kalte Sozialisierung“ als dasjenige Element, das zur Krise getrieben hat, zu bezeichnen, weil sie doch höchstens die schädlichen Folgen des unvermeidlichen Wandlungsprozesses zum Wohle der Gesamtheit der Menschen mildern, so ist die aufgestellte Behauptung „der Sozialismus verleugne das Wesen der Menschen, weil er das Recht auf Eigentum im Sinne des Kapitalismus verleugne“ offensichtlicher Widersinn. Denn in der geistigen Wesensart der Menschen liegt der Trieb zur Natürlichkeit — von der Fähigkeit „die Erzeugung dem Bedarf anzupassen“ unterstützt — verankert und wenn sie heute trotzdem nach persönlichem Eigentum streben, so doch nur deshalb, weil unter den gegebenen, zwangsweise gehaltenen Verhältnissen ihnen nur dieses das sonst vorenthalte Rechte auf das Leben zu sichern imstande ist. Dieser Zwang aber, wie die Verhältnisse an sich, sind in ihrer Gesamtwirkung unnatürlich, weil die Privilegierung „des kapitalistischen Eigentumsrechtes“ einer geringen Minderheit zu Ungunsten der Gesamtheit, welche in ihrer Mehrheit zeitweilig als Arbeitssklaven unter kümmerlichen Daseinsbedingungen vegetieren muß, gänzlich unverdiente Vorteile verschafft. Ungerecht und verbrecherisch wirkend, weil es durch Anhäufung der Produktionsmittel in Privathand als Werkzeug der egoistischen Ausbeutung dient.

Fällt die Möglichkeit einer derartigen Sonderstellung, so werden automatisch auch alle diejenigen üblen Begleiterscheinungen der bestehenden Ordnung fallen, welche größtenteils zu Unrecht dem niederen Instinkte zugeschrieben werden.

Wenn man weiter behauptet, daß jede allgemeine Enteignung grundsätzlich die unausbleibliche Verelendung der Gesamtheit bedeute, so liegt hier in dem Worte „grundsätzlich“ eine dogmatische Phrase, die jeder Beweiskraft entbehrt. Sie ist eine bewußte Irreführung oder zumindest eine auf unlogische Beispiele gestützte Annahme. Wenn ein sozialistischer Betrieb unrentabel wirtschaftet, so sind erstens diesem Falle die vielen analogen Fälle in der Privatwirtschaft gegenüberzustellen und zweitens ist die noch vorhandene Abhängigkeit vom privatkapitalistischen System zu berücksichtigen, dem alle Mittel zum Zweck dienen, derartige Unternehmen zu sabotieren. Er liefert also durchaus keine Voraussetzungsberechtigung, daß eine vornehmlich „allgemeine Enteignung“ die Gesamtheit zur Verelendung führe und jeden Fortschritt unterbinden müsse.

Im Gegenteil. Die Gemeinwirtschaft würde „produktiver“ wirken und trotz evtl. auf ein Minimum reduzierter Arbeitszeit oder gerade auf Grund dieser zur höchsten Blüte des Wohlstandes der Gesamtheit und ihrer geistigen Kulturhochentwicklung führen. Im Gegensatz zur Jetztzeit, wo die egoistische Jagd nach persönlichem Eigentum den Aufstieg der Massen niederhält, die

Menschen in Klassen teilt und damit das Elend und das Verbrechen züchtet.

Rußland als ein Beispiel für die Schädlichkeit der Sozialisierung, bzw. die langsame Umwandlung der Privat- in Staatswirtschaft anzuführen, ist absurd schon deshalb, weil die dortige Entwicklung als Folge und Gegenschleimung zu den brutalsten Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden des zaristischen Regimes anzusehen ist und eine Beurteilung von Gesichtspunkten, die diese und andere Umstände berücksichtigt, auszugehen hat. Mangelten doch alle Übergänge und damit diejenigen Entwicklungsmöglichkeiten, die den von Marx vorausgesehenen Kommunismus in reiner und unantastbarer Gestalt erstehen lassen konnten. Auch darf man die isolierte Stellung Rußlands, die Schwierigkeit seiner Behauptung innerhalb des Erdganzes und seine Eigenart im allgemeinen, seine Größe und Verkehrsverhältnisse nicht außer Acht lassen.

Allgemeinwirtschaft bedeutet Rationalisierung der Arbeit durch Erfassung aller arbeitsfähigen Kräfte und Mittel und gleichmäßige Nutznießung der Allgemeinheit an der Gesamtproduktion. Niemand darf abseits stehen, sondern jeder einzelne Arbeitsfähige und Arbeitspflichtige hat sein ganzes individuelles Können in den Dienst der Gesamtheit zu stellen. Dafür ist jedes Menschen Leben und Existenz von der ersten bis letzten Minute seines Daseins gesichert.

Von diesem Idealzustand ist allerdings die heutige Menschheit noch weit entfernt. Um ihn zu erreichen, bedarf es noch schwerster Kämpfe und Anstrengungen. Vor allem gilt es, die errungenen Positionen allen Anstürmen der Gegner zum Trotz, siegreich zu behaupten, auszubauen und im zähen Klassenkampf neue zu erobern. Nicht blendende Scheinerfolge, die möglicherweise alles Erreichte wieder sinnlos in Frage stellen könnten, sondern schrittweises, aber zielbewußtes und sicheres, auf Granit bauendes Vorwärtsschreiten ist die aussichtsreichste Vorarbeit auf dem Wege zum reinen Menschheitsstaat und damit zur Beseitigung des privatkapitalistischen Ausbeutungssystems.

Aufklärung tut not, ebenso die Ausbreitung des Samens der sozialen Menschheitsidee in die Massen, das rührige Wirken im Familien- und Bekanntenkreis, in Fabriken, Werkstätten, Kontoren usw., um die Sympathie derjenigen, die noch interesselos zur Seite stehen oder gar entgegen aller Vernunft ihren natürlichen Feinden Vorschub leisten, zu gewinnen.

Für die Arbeiterschaft gibt es nur eine Entscheidung. Entweder Sieg und Fortschritt oder Beharren auf dem toten Punkt mit der sicheren Aussicht verstärkter Abhängigkeit und folgender völliger Versklavung und Verelendung.

Wo ein Wille ist, ist aber auch ein Weg. Dieser Weg aber geht nur über die Vereinigung aller schaffenden Kreise und über die Erkenntnis der Unnatürlichkeit und Unwürdigkeit der privatkapitalistischen Ordnung. Und dieses Erkennen führt zur Überwindung jedes egoistischen Sonderstrebens und damit:

„Durch Kampf zum Sieg“.

Unglückliche Ehen.

An den Fensterplätzen eines D-Zugabteils 3. Klasse sitzen sich zwei Frauen gegenüber. Die jüngere hat volles dunkles Haar, gesunde Farbe und lebenssprihende, schwarze Augen. Ihr Gegenüber macht einen etwas müden Eindruck. Das Leben hat schon manche Falte in ihr Gesicht gezeichnet. Ihr Haar ist grau.

Sie sprechen von Ehescheidungen, von den vielen Verbindungen, die, zum Teil aus gegenseitiger Liebe geschlossen, doch zerbrechen.

Die Ältere meint, wenn die Not und das graue Elend einmal in die Ehe glotzen, dann ergäben sich eine Unmenge Reibungsflächen, steigere sich die gegenseitige Reizbarkeit und entstünden heftige Meinungsverschiedenheiten, über die wichtigsten Dinge des Alltages, daß daran in vielen Fällen die Ehe unglücklich würde und zugrunde gelaue. Die Menschen wollten sich nur nicht eingestehen.

Die mit den lebenssprihenden Augen schweigt eine Weile. Dann stimmt sie nacheinanderlich zu. Aber jetzt fährt sie mit Lebhaftigkeit fort:

„Gerade in der Not sollte sich doch die enge Gemeinschaft zweier Menschen bewähren. Ich will dabei gar nicht von denen sprechen, die die Ehe als eine Art Geschäftsabschluß betrachten. Nur an die will ich denken, die glauben, aus gegenseitiger Neigung den Lebensbund geschlossen zu haben. Und trotzdem muß ich sagen: die Men-

schen sind zu wenig ehrlich gegen sich selbst, und mit dieser Unehrlichkeit legen sie den Grund zu den sogenannten unglücklichen Ehen.“

„Sprechen Sie von bewußter Unehrlichkeit?“

„Nein. Die Unehrlichkeit liegt meist darin, daß sich die Menschen nicht genügend Rechenschaft geben über ihr eigenes Denken und Empfinden und dadurch unbewußt in entscheidenden Fragen sich selbst und andere täuschen.“

„Und worin glauben Sie, daß hier die Selbsttäuschung liegt?“

„Darin, daß Sehnsucht nach Erfüllung sinnlichen Verlangens mit Liebe verwechselt wird.“

Hier entsteht eine kleine Pause im Gespräch.

Die mit grauem Haar unterbricht die Stille: „Sie haben da ein hartes Wort gesprochen; leider ist es oft wahr. — Wenn nun aber in diesem Punkt keine Täuschung vorliegt, wenn die beiden jungen Menschen sich wirklich aufrichtig gern haben und die Ehe trotzdem zerbricht, wo ist dann der Haken?“

„Dann fehlt wahrscheinlich eine andere wichtige Voraussetzung der Ehe, nämlich die, daß zwischen Mann und Frau weitgehende Übereinstimmung in Weltanschauung und Lebensauffassung gegeben sein muß. Ist diese Voraussetzung erfüllt, dann wird die Ehe nicht scheitern, wenn die beiden Menschen die Kraft haben zur absoluten Ehrlichkeit gegen sich selbst und zu unbedingter Wahrhaftigkeit gegen einander in allen großen und kleinen Dingen.“

Sie hat sich ordentlich in Eifer geredet. Ihre Augen glänzen.

Die Reisegefährtin nickt zustimmend mit dem Kopf.

„Was sie von Weltanschauung und Lebensauffassung, von Selbsttäuschung und Wahrhaftigkeit sagen, ist Ausdruck schöner und idealer Gedanken und man kann nur seine ehrliche Freude daran haben, wenn in jungen Menschen solche Grundsätze lebendig sind. Ich könnte Ihnen ganz bestimmen, wenn Sie Ihre Auffassung in einem Punkt ergänzen wollten. Das Leben ist hart, ich habe es oft genug erfahren müssen. Die rücksichtslosen Wirklichkeiten des Tages zermürben die Menschen und kehren sich nicht an Ideale. Überwinden können wir diese Wirklichkeit auch mit den edelsten Grundsätzen erst dann, wenn es gelungen sein wird, die heutige Organisation und Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu entwickeln zu höheren Gemeinschaftsformen. Sie sollen jedem seinen Anteil an Lebensglück ermöglichen und verhindern, daß das Streben nach Schönerem und Höherem von der Not des Lebens erdrückt wird. Auch die Ehen werden dann nicht mehr von wirtschaftlicher Not zerrieben und sogenannte unglückliche Ehen seltener werden. Die Frauen können viel dazu beitragen, die Entwicklung zu fördern, wenn sie am geistigen und politischen Leben ihrer Zeit teilnehmen. Sie werden dann das Streben ihrer Männer verstehen und ihnen gerade dadurch gute Gefährten sein können.“

Die beiden Frauen haben noch weiter gesprochen. Doch der D-Zug fährt eben in die Bahnhofshalle zu L. ein und ich muß aussteigen.

F. F.

Vom Büchertisch.

Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik. Von Fritz Naphtali. Schriftenreihe der Freien Sozialistischen Hochschule. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. Preis 50 Pf.

Im Augenblick verstärkter Einfühlnahme der Sozialdemokratie auf die gesamte innere Politik erscheint es außerordentlich wichtig, ihre Stellung zu den grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik kennen zu lernen. Einen wichtigen Beitrag zur Klärung dieser Frage liefert der bekannte sozialistische Wirtschaftspolitiker Fritz Naphtali in seiner soeben erschienenen kleinen Schrift, die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegeben wird. Ausgehend von den Wandlungen, die sich im letzten halben Jahrhundert in der Frage der Krisen und der Konjunktur in der Arbeiterbewegung vollzogen haben, umreißt er die neuen Aufgaben, die sich einerseits aus den Strukturänderungen des Kapitalismus und andererseits aus der Erstarbung der Arbeiterbewegung in Staat und Wirtschaft ergeben. Die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft durch Marx bleibt nach wie vor richtig. Aber gerade aus ihrer sinnigsten Anwendung auf die heutige Zeit ergibt sich sowohl die Ablehnung der primitiven Zusammenbruchstheorie, die das Ende des Kapitalismus durch fortgesetzte Verschärfung der Krisen erwartet, wie auf der anderen Seite jener Auffassung, daß der Kapitalismus selbst seiner inneren Widersprüche Herr werden könne. Nach wie vor bleibt das Ziel sozialistischer Wirtschaftspolitik die grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Aber in der gegenwärtigen Übergangsperiode bleibt es die wichtigste Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft, durch verstärkte Einfühlnahme auf die staatliche Wirtschaftspolitik, durch Förderung der öffentlichen Wirtschaft, durch planmäßige Lenkung des Kapitalstromes, durch Ausbau der Zellen der Gemeinwirtschaft usw., die Anätze sozialistischer Wirtschaft am absterbenden Kapitalismus zu fördern. Naphtali illustriert seinen Gedankengang durch eine Fülle praktischer Beispiele aus der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. Seine Darlegungen sind deshalb nicht nur von theoretischem Reiz, sondern auch von großem praktischen Interesse.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsals D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36,

Wieners Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

Wir suchen einen tüchtigen

Positiv-Retuscheur.

Angebote mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Altersangabe erbitten

Nur eine tüchtige Kraft findet Berücksichtigung.

Hauffler & West A.-G.
Stuttgart, Lindenspiralstraße 39